

In den Kommunen steckt mehr Europa als viele denken

SPD-Kandidatin Gabi Rolland informiert sich über die Anliegen im Dreiländereck und wirbt für mehr Sensibilität für die EU

VON UNSEREM REDAKTEUR
DANIEL GRAMESPACHER

LÖRRACH. Der Treffpunkt hätte zum Thema kaum besser passen können: An der Dreiländerbrücke in Weil am Rhein



tauschte sich Gabi Rolland aus Freiburg, SPD-Kandidatin in Südbaden bei der Europawahl am 7. Juni, gestern Nachmittag mit einigen Genossen aus Stadt und Region über Sorgen und Nöte im grenzüberschreitenden Miteinander aus. Als Beauf-

tragte für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Europaanlässen im Emmendinger Landratsamt kennt sie etwa die Hemmnisse für Handwerker, die in Frankreich arbeiten wollen.

Johannes Foege, SPD-Fraktionschef im Weiler Gemeinderat, Ortsvereinsvorsitzender Joachim Kempf und Albert Schmidt, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Regionalverband Hochrhein-Bodensee, listeten etliche Probleme auf, die sich im Herzen Europas und zugleich an der Außengrenze der Europäischen Union (EU) stellen: Den Lastwagenstau vor dem Autobahnzoll in Weil hatte Rolland bei der Anreise erstmals selbst erlebt. Örtliche Expeditionen müssten sich mit ihren Lastwagen hinten anstellen, wenn sie nach Basel wollen, beklagte Kempf; zumindest teilweise sollte die Schweiz das Nachtfahrverbot aufhe-



Gabi Rolland (links) mit Joachim Kempf und Johannes Foege am Rheinufer
FOTO: GRAMESPACHER

ben. Auch im Eurodistrict laufe längst nicht alles rund. Auf Eingaben fleißiger Mitglieder komme vom Vorstand oft nicht mal eine Rückmeldung, sagte Foege. Verkehrsexperte Schmidt wies auf mangelhafte Information durch die Schweiz hin. „Der Schienenbypass Basel ist in Bern keineswegs endgültig vom Tisch.“

Schmidt hofft, dass die EU bei den Prognosen der Güterzüge durch den Katzenbergtunnel einbezogen wird und für mehr Verlässlichkeit sorgt sowie bei der Finanzierung der Tieferlegung der Bahn in Haltingen einsteigt. Leider tue sich die EU mit Vorgaben für leichtes Rollmaterial schwer, kommentierte Rolland das Thema Lärmschutz. Die SPD-Kandidatin

machte sich stark für Zweisprachigkeit in der Berufsausbildung und empfahl, im Eurodistrict Lösungen in kleinen Schritten zu suchen. Sie warb bei aller berechtigten Kritik dafür, vor Ort sensibler mit Europa umzugehen. In vielen kommunalen Projekten steckten nämlich EU-Mittel; nur wisse das kaum jemand. Bisweilen seien weniger die Verordnungen aus Brüssel das Problem, sondern das fehlende Fingerspitzengefühl bei deren Umsetzung.